Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 5 (1979)
Heft: 6

Artikel: Standortbestimmung
Autor: Staeger, Marlene
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-359069

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

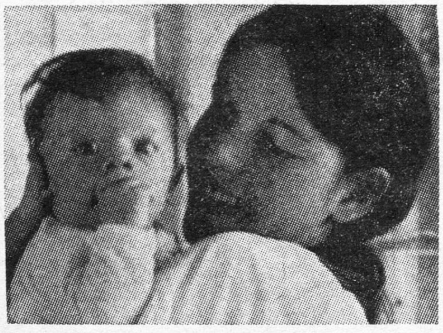
Download PDF: 04.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

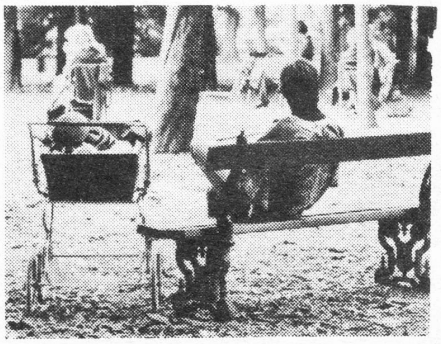
Standortbestimmung

Der möglichst rasche Abschluss der Unterschriftensammlung sei ein bequemes Vorgehen. Auf weite Sicht würde damit dem Anliegen der Initiative, den Forderungen der Frauenbewegung generell kein Dienst erwiesen. Mehr Gehör für Frauenfragen, mehr Toleranz, Bewusstseinsänderungen in breiteren Kreisen der Öffentlichkeit könnten nur mit entsprechenden Kampagnen erreicht werden. Mit einer Resolution zuhanden des Koordinationskomitees beantragt deshalb die Nationale Konferenz der Unterstützungskomitees eine Ausdehnung der Unterschriftensammlung bis März 1980. Der allgemeinen Erlahmung der Aktivitäten soll damit entgegengewirkt und Antrieb für weitere politische Kampagenen gegeben werden.

Die zweitägige Konferenz gab den zahlreich erschienenen Vertretern der Ukos Gelegenheit, die mit der MSV eng zusammenhängenden Probleme und mit ihren Forderungen verbundenen Konsequenzen zu diskutieren. Ausgehend von vorgängig verschickten Arbeitspapieren bildeten sich Gruppen zu den Themenkreisen „Mutterschaft und Familienpolitik", „Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes-Revision und Finanzierung", „Mutterschaft und Recht auf Abtreibung", „Mutterschaftsschutz und Arbeiterbewegung". Anschliessend an die Gruppenarbeiten fand ein öffentliches Hearing statt. Zu Fragen und Beiträgen aus den Gruppen und dem Publikum nahmen unter der Leitung Mona Plattner verschiedene Persönlichkeiten Stellung. Aus den verschiedenen Blickwinkeln wurden u.a. Fragen betreffend des Kündigungsschutzes, der KUVG-Revision, des Elternurlaubs, der gewerkschaftlichen Aktivitäten bleuchtet und beantwortet. Interessant war in diesem Zusammenhang die Diskussion um die hohen Krankenkassenprämien für die Frauen. Grund für den 10 % Beitragsunterschied seien die durch die Frauen verursachten Mehrkosten von 50-60 %: „Frauen sind häufiger im Spital,



da sie ja nicht von den Männern gepflegt werden können (!)" und „Frauen haben keine gesonderten Unfallversicherungen, die Männer dagegen sind meistens bei der SUVA zusätzlich versichert." Laut Ruth Mascarin (Basel) sind die höheren Prämien nicht gerechtfertigt, denn über Frauenkrankheiten gebe es keine Statistik. Aus ihren Praxiserfahrungen wisse sie auch, dass viele Frauenkrankheiten gesellschaftlich bedingt sind: „Ihre unbefriedigende Situation macht die Frauen krank!"



RESOLUTION UND WEITERFÜHRUNG DER KAMPAGNE

Am Sonntag wurden als Ergebnis der Gruppenarbeiten und des Hearings vier Resolutionen verfasst, die u.a. konkrete Vorschläge für die weitere Öffentlichkeitsarbeit zum Inhalt haben. Im folgenden sind diese Stellungnahmen und Vorschläge zum Teil im Wortlaut, zum Teil gekürzt wiedergegeben.

MUTTERSCHAFT UND FAMILIENPOLITIK

„Der Elternurlaub wird am stärksten bekämpft werden. Damit der Mutterschutz wirklich zur Befreiung der Frauen beiträgt und sich nicht bloss auf Schutzmassnahmen beschränkt, muss der Elternurlaub im Zentrum der Argumentation stehen. Die Frage des Elternurlaubs zeigt die Unvereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und Mutterschaft auf und kritisiert gleichzeitig die Verpflichtung der Frauen, sich ausschliesslich und gratis der Erziehung der Kinder widmen zu müssen. Es werden damit auch die Forderung nach Lohnarbeit, nach besserer Berufsbildung und nach sozialen Infrastrukturen (Krippen, Tagesschulen) eingebracht."

KUVG-REVISIONS-GRUPPE

Sie arbeitete Vorschläge für die Weiterführung der Kampagne aus. Als mögliche Minimalleistungen wurden genannt:

- Fälle von Entlassungen schwangerer Frauen in Zusammenarbeit mit Gewerkschafterinnen und Sekretariaten sammeln und veröffentlichen.
- Regionale Veranstaltungen durchführen.
- Vor den Wahlen im Herbst Nationalratskandidaten/innen bezüglich ihrer Stellung zur MSV befragen und die Ergebnisse in Inseraten und Flugblättern veröffentlichen.

Als zusätzliche Leistungen könnte:

- ein Bulletin über Aktivitäten in den verschiedenen Ukos herausgegeben,
- Infrastrukturen für Kinder diskutiert,
- alle Ukos über KUVG-Revision auf dem laufenden gehalten,
- und ca. 200.-- pro Komitee für die Kopie des Tessiner Fernsehfilmes „I diritti delle mamme/Die Rechte der Mütter" gesammelt werden.

MUTTERSCHAFT UND RECHT AUF ABTREIBUNG

In ihrer Resolution betont die Gruppe den engen Zusammenhang vom Schutz der Mutterschaft und dem Recht auf Abtreibung. Gleichzeitig bringt sie ihre strikte Ablehnung der Initiative „Recht auf Leben" zum Ausdruck. Vor allem wünscht die Gruppe aber wieder eine verstärkte Aufnahme von Aktivitäten zur Propagierung der MSV-Initiative und eine enge nationale Zusammenarbeit.

MUTTERSCHAFTSSCHUTZ UND ARBEITERBEWEGUNG

Mutterschutz gehe nicht nur die Frauen an. Die Gewerkschaften sollten vermehr Aufklärungsarbeit in Betrieben leisten und den Zusammenhang von Mutterschutz und Forderung nach Recht auf Arbeit, nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nach Krippen, angepassten Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten aufzeigen.

IM WEITEREN...

Die Tagung nahm mit Entrüstung Kenntnis „von der Verschiebung der parlamentarischen Initiative Nanchen und der Amputation der Motion Josi Meier durch die eidgenössischen Räte."
Die Versammlung stellte fest, dass „mit der Teilrevision der Krankenversicherung die dringende Ausdehnung des Muterschaftsurlaubes noch keineswegs gesichert ist," und dass „noch immer und sogar vermehrt werdende Mütter entlassen oder zur Kündigung gedrängt werden."

DOKUMENTATION

Vom Koordinationskomitee der Initiative wurde für die Presse eine umfangreiche und übersichtliche Dokumentation zusammengestellt. Sie beinhaltet u.a. die Geschichte des Mutterschaftsschutzes in der Schweiz, erläutert die heutige Regelung in der Schweiz und anderen Ländern Europas, kommentiert den Initiativtext und zeigt die Grenzen der Initiative auf. Diese informative Dokumentation kann für 2 Franken beim Koordinationskomitee, Postfach 1788, 3001 Bern, bestellt werden.
Die nächste Nationale Koordinationssitzung findet am 1. September im Palazzo in Liestal statt.

Marlene Staeger